

Für die Krankenhäuser gibt es einen Einsatzplan. Es gibt klare Regelungen der Länder. In Nordrhein-Westfalen ist dies in § 10 des Krankenhausgesetzes geregelt, ebenso in § 24 Abs. 3 des Brandschutz-, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutzgesetzes. Es ist geregelt in § 10 Abs. 2 des Krankenhausgestaltungsgesetzes, und es ist geregelt in den Vorsorgeplanungen für die gesundheitliche Versorgung bei Großschadensereignissen und damit in einem Erlass des Ministeriums.

Es gibt schon seit Jahren umfassende Regelungen dafür. Ich gehe ganz stark davon aus, dass unsere Krankenhäuser das umsetzen, dass die Landesregierung ständig im engen Kontakt ist, um das beschriebene Szenario zu verhindern. Davon gehen wir, Herr Minister Laumann, ganz stark aus.

Ich möchte an den abschließenden Teil der Rede des Kollegen Berger anknüpfen, dem ich zu seiner ersten Rede hier im Parlament herzlich gratuliere. Kollege Berger von der CDU-Fraktion hat eben einige Anfragen und auch Antworten nicht zitiert, aber darauf aufmerksam gemacht, dass es schon ähnliche Anfragen mit dem Ziel, die Bevölkerung zu verunsichern, gegeben hat. Die entsprechenden Antworten darauf haben sachlich eigentlich alles klargestellt.

Ich gehe dabei sogar noch einen Tacken tiefer. Denn die Erzählung von der Energieknappheit ist eine, die in der rechtsradikalen Szene schon seit Jahren vorbereitet wird.

(Lachen von Markus Wagner [AfD])

Unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“, von dem ja vermutet wird, dass es Herr Höcke ist, der unter diesem Pseudonym schreibt, wurde schon vor über zehn Jahren in dem NPD-Blatt Volk in Bewegung am Beispiel der Ölknappheit von der Chance geredet, die Bevölkerung zu verunsichern und Veränderungen, Einflussnahmen von der rechten Szene aus herbeizuführen.

So gibt es tatsächlich eine Entwicklung, die wir natürlich nicht mittragen,

(Beifall von der SPD)

der wir uns auch als Demokratinnen und Demokraten in diesem Parlament entschieden entgegenstellen.

(Beifall von der SPD)

So stimmen wir natürlich der Überweisung des Themas an den Ausschuss zu. Ich kann aber schon ankündigen: Wir als SPD-Fraktion werden im Ausschuss ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Lieber Herr Kollege Klute, es geht noch in die Verlängerung, ent-

weder von Ihrem Platz aus oder hier am Rednerpult. Es liegt eine Kurzintervention von Herrn Keith aus der AfD-Fraktion vor. – Ich bitte Sie, sich einzuloggen.

Andreas Keith^{*)} (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident – Herr Klute, eigentlich wollte ich Ihnen kurz etwas vorlesen, was gerade aktuell durch die Medien geistert. Was ein Herr Ladwig, Ladig, wie auch immer er heißt, mit diesem Antrag zu tun hat, erschließt sich mir nicht ganz. Völlig egal, die Personen sind mir zumindest nicht bekannt. Was das mit dem Antrag zu tun hat, weiß ich jetzt nicht.

Aber ganz kurz: „Blackout in NRW: Polizei bereitet sich auf einen massiven Stromausfall vor“. Potz Blitz! Wo kommt das denn jetzt her? Die Polizei bereitet sich vor.

„Vor allem soll die Notstromversorgung der Polizei weiter ausgebaut werden. Eigene Tankstellen der Polizei sollen auch bei Stromausfall in Betrieb bleiben, die Treibstoffvorräte sollen aufgestockt werden.“

Wenn sich die Polizei in NRW so intensiv darauf vorbereitet, dann ist es sicherlich keine Spinnerei, wenn man sagt, dass sich auch die Krankenhäuser entsprechend vorbereiten könnten. Oder sehen Sie das anders?

(Beifall von der AfD)

Thorsten Klute (SPD): Erstens. Ich kann kaum glauben, dass das Pseudonym „Landolf Ladig“ in der AfD in Nordrhein-Westfalen nicht bekannt ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf: Ist er nicht!)

Zweitens verweise ich auf die eben zitierten Vorschriften.

(Zuruf von der AfD)

Ich gehe davon aus, dass der Minister gleich auch noch darauf eingehen wird, dass sich unsere Krankenhäuser schon aus der eigenen Planung heraus gut vorbereiten.

Wir werden das Thema im Ausschuss besprechen. Ich kann Ihnen aber ankündigen, dass wir Ihren Antrag ablehnen werden.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Für die Fraktion der Grünen hat jetzt Meral Thoms das Wort. Bitte schön.

Meral Thoms (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und

Zuschauer! Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Folgen beschäftigen uns auch in Deutschland. Natürlich werden hier Fragen der Energiesicherheit mit Blick auf das Gesundheitswesen intensiv diskutiert. Die Krankenhäuser in NRW – das haben wir eben schon von Herrn Berger und Herrn Klute gehört – haben Einsatz- und Alarmpläne und selbstverständlich Vorgaben in Bezug auf Stromausfälle.

Die AfD hat bisher nicht gezeigt, dass sie sich ernsthaft für die kritische Infrastruktur in unserem Land einsetzt, auch nicht im Gesundheitswesen, zum Beispiel während der Coronapandemie.

Was machen Sie stattdessen? Auch das haben wir von Herrn Klute und Herrn Berger gehört. Sie beschreiben Schreckensszenarien. Sie verbreiten Panik. Sie schüren Ängste, ohne wirklich Lösungen zu nennen bzw. daran interessiert zu sein. Ihnen geht es einzig um die Verunsicherung der Menschen in unserem Land, denn daraus wollen Sie Ihren politischen Profit schlagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ja, das Thema „Energiesicherheit“ ist wichtig, wir nehmen es sehr ernst. Ihre Taktik ist jedoch allzu durchschaubar und wird nicht aufgehen.

Wir stimmen der Überweisung des Antrags an den Fachausschuss zu. Dort werden wir aber eine klare Haltung zeigen und den Antrag ablehnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion hat nun Yvonne Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand in diesem Haus wird bestreiten, dass die Stromversorgung eine zentrale Stellung unter den kritischen Infrastrukturen einnimmt. Im medizinischen Bereich ist die Verfügbarkeit von Strom für Intensivpatientinnen und Intensivpatienten, die auf eine Überwachung und entsprechende Technologie, wie Beatmungsgeräte, angewiesen sind, sogar unmittelbar lebenserhaltend. Auch der OP-Betrieb in unseren Krankenhäusern könnte ohne Stromversorgung nicht wie gewohnt weiterlaufen. Deshalb müssen Krankenhäuser über eine Notstromversorgung verfügen, die den Betrieb essenzieller Systeme aufrechterhält.

Anders sieht es bei der Notstromversorgung in Arztpraxen und Ärztezentren aus. Hier stehen in Nottfällen tatsächlich nur selten Kapazitäten zur Verfügung. Das ist sicher ein Thema, dessen wir uns in Anbetracht der Lage einmal annehmen sollten. Vor allem Facharztpraxen und Dialysezentren sind ohne Strom kaum arbeitsfähig. Nach wenigen Stunden würde eine Verlegung von Patientinnen und Patienten,

Apparaten und Dialysemitteln in Krankenhäuser notwendig werden.

Wir könnten die Spirale hier noch weiterdrehen und uns ausmalen, mit welchen weiteren Auswirkungen ein länger anhaltender Stromausfall verbunden wäre. Das heißt, die Problematik ist nicht von der Hand zu weisen. Ja, aber – jetzt kommt das große Aber – der vorliegende AfD-Antrag zielt wieder einmal vor allem darauf, die Energiepolitik auf Bundes- und Landesebene zu kritisieren. Das wäre nur eine Sache – schlimm genug –, aber es geht allem voran darum, Ängste in der Bevölkerung zu schüren, und das ist sträflich.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang ist übrigens bemerkenswert, dass es die AfD war, die in der Debatte über die Einrichtung eines Schutzschirmes für Pflegeheime die Verengung des Blicks auf eine bestimmte Branche hier an diesem Pult heftig kritisiert hat. Warum sie dann zwei Tage später selbst einen Antrag präsentiert, der wiederum genau das macht, erschließt sich mir nicht.

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Weil das kritische Infrastruktur ist! Krankenhäuser sind kritische Infrastruktur!)

Was Sie in anderen Anträgen kritisieren, kann in Ihren eigenen nicht richtig sein. Möglicherweise trifft hier dann doch die medizinische Definition eines Blackouts zu, die der Duden als kurz andauernden Verlust des Erinnerungsvermögens beschreibt.

Vorbereitungen zu treffen ist gut, richtig und wichtig. Aber, meine Damen und Herren der AfD, populistische Stimmungsmache ist angesichts des Ernstes der Lage und der Herausforderungen

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

in der Krise nicht angemessen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Minister Karl-Josef Laumann spricht für die Landesregierung.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle erst einmal sagen: Es ist nicht so, dass unsere Krankenhäuser nicht schon seit vielen, vielen Jahren auf Stromausfälle und andere Energieausfälle vorbereitet sind. Das haben Sie auch gesagt.

Ich selber habe am ersten Adventswochenende des Jahres 2005 den absoluten Stromausfall in großen